

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Remer-Str. 39
Verlagsdruck: Rütigradt 1008, 1078 und 1262. — Die Zeitung
ersch. jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textilarbeiter Berlin

Veranzelt seit 1848 — Veranzelt alles!

Einzel- und Verbandspreise sind an Otto Behms, Berlin D. 34
Remer-Str. 39 (Postfachkonto 6386), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehntägige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

In Sachsen sämtliche Tarifverträge gekündigt.

Die Tarifverträge für West- und Ostachsen sind mit Ablauf des 30. September 1927 ausgetündigt. In Frage kommen gegen 50 Tarife. Gleichzeitig wurde auch das Arbeitszeitabkommen für Annaberg gekündigt. Der Arbeitgeberverband hat daraufhin den Tarifvertrag für die sächsisch-thüringischen Färbereien gekündigt, der von der Arbeiterschaft nicht gekündigt war. Die Forderungen für Westachsen sind infolge der Weltgestaltigkeit der Industrie nicht einheitlich. Sie bewegen sich zwischen 20 und 30 Proz. Für Ostachsen beträgt die Forderung für Zeitlöhner 12 Pf. und für Akkordarbeiter 10 Pf. Der Textilarbeiterverband fordert, daß über die Tarifverträge im einzelnen verhandelt wird, weil sich die Verhältnisse und die Stellung der einzelnen Industriegruppen im Laufe der Zeit bedeutend geändert haben. Die bürgerliche Presse berichtete, daß bereits in der nächsten Woche in Chemnitz Verhandlungen stattfinden. Wir dürfen annehmen, daß diese Notiz den tatsächlichen Verhältnissen voraussetzt. Bis jetzt ist ein Verhandlungstermin noch nicht angelehrt.

Es scheitern die Verhandlungen der Krefelder Seidenindustrie.

Am 31. August und 1. September fanden zur Beilegung des Seidenarbeiterstreiks in Krefeld Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Die Verhandlungen sind daran gescheitert, daß von der Spitzenorganisation der Textilindustriellen und von dem Konzern der Seidenindustrie jede Akkordloohnerhöhung abgelehnt wird. Der Spitzenverband der Textilindustriellen hat die Akkordlohnfrage zu einer prinzipiellen gemacht und den Unternehmern der Seidenindustrie verboten, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Zweifellos zielt die Spitzenorganisation der Textilindustriellen und der Konzern darauf hin, zahlreiche kleine Existenzen, die in der Seidenindustrie noch vorhanden sind, dem wirtschaftlichen Ruin entgegenzuführen, damit wenige große Kapitalmagnaten die dortige Seidenindustrie beherrschen können. Zahlreiche kleine Fabrikanten haben uns versichert, daß sie nur mit Widerwillen in diese Kämpfe hineingedrängt worden sind. Die rheinische Bevölkerung steht mit wenigen Ausnahmen geschlossen hinter den Streikenden, weil sie ebenfalls davon überzeugt ist, daß die Schädigung des dortigen Wirtschaftslebens eine Folge des Verhaltens der Spitzenorganisation der Textilindustriellen ist. Zu bemerken ist noch, daß die Samtindustrie infolge der Stilllegung der Veredelungsindustrie seit zwei Wochen nur 30 Stunden in der Woche arbeiten läßt. In den nächsten Tagen dürfte die Samtindustrie gänzlich zum Erliegen kommen.

Der Kampf in Lambrecht erfolgreich beendet.

Wie wir bereits in voriger Nummer des „Textilarbeiter“ mitteilten, wurde am 17. August 1927 zwischen den Tuchfabriken in Lambrecht und Schöntal einerseits und den Arbeitnehmerorganisationen andererseits ein Mantelabkommen über Weberarbeiten abgeschlossen. Auf Grund dieses Abkommens sollte in den einzelnen Betrieben über die Akkordsätze verhandelt werden. In der Mehrzahl der Betriebe war auch eine Einigung zustande gekommen, nur in einigen Betrieben vertraten die Unternehmer nach wie vor den Standpunkt, keine Erhöhung der Akkordsätze eintreten zu lassen. Wir kennzeichneten gleichzeitig die Friedensliebe der Lambrecht Textilarbeiter, auf deren Veranlassung die Arbeit auch in den Betrieben, wo eine Einigung erfolgt war, noch nicht aufgenommen werden durfte, solange nicht in sämtlichen Betrieben eine Einigung erfolgt ist. Infolgedessen ging der Kampf in unverminderter Schärfe weiter. Am 29. August konnten endlich auch in diesen Betrieben die bestehenden Differenzen zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft und entsprechend dem Mantelabkommen vom 17. August 1927 geregelt werden. Damit hat dieser zehn Wochen dauernde hartnäckige Kampf mit einem vollen Erfolg für die Arbeiterschaft geendet.

Streik in der Münchenbernsdorfer Teppichindustrie.

Der bestehende Lohn- und Manteltarif für die Teppichindustrie in Münchenbernsdorf wurde durch die Organisationen zum 31. August 1927 gekündigt. Gefordert wurde in der Hauptsache Gleichstellung der Münchenbernsdorfer Löhne mit denen in der Teppichindustrie von Gera und Weida. Bisher waren die Lohnsätze in Münchenbernsdorf um 5 Proz. geringer als die von Weida und Gera, trotzdem die Lebensverhältnisse in diesen Orten die gleichen sind und Münchenbernsdorf nur eine halbe Bahnstunde von Weida entfernt liegt. In der am 25. August stattgefundenen Verhandlung erklärte der Arbeitgeber, daß sie auf dem bisherigen Abzug von 5 Proz. gegenüber Gera und Weida bestehen bleiben müßten. Infolgedessen scheiterten die Verhandlungen. Der von den Arbeitgebern daraufhin angerufene Schlichtungsausschuß Gera fällt am 29. August 1927 einen Schiedspruch, der ab 1. September einen Spitzenlohn von 72 Pf. vorsieht. Der Spitzenlohn in Gera-Weida beträgt 75 Pf., so daß nach dem Schiedspruch die Spanne immer noch 4 Proz. betragen würde. Dieser Schiedspruch konnte die Arbeiterschaft in keiner Weise befriedigen. Sie lehnte ihn deshalb ab und reichte gleichzeitig die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ein. Am 1. September trat die gesamte Arbeiterschaft in Stärke von rund 1000 Personen in den Streik.

Textilindustrie weniger empfindlich sein als im Jahre 1925 und 1926.

Ließen sich die Einkäufer in Leipzig durch den anziehenden Preis weniger in ihren Dispositionen bestimmen, so glaubten sie der veränderten Witterung Rechnung tragen zu müssen. Wichtig ist, daß die seit Tagen vorherrschende sonnige Witterung die Ausflüchten für einen Teil der Ernte verbessert hat. Somit ist die Annahme schon berechtigt, daß gerade der Textilhändler in den kleinen Städten mit einer steigenden Kaufkraft der Agrarbevölkerung und damit mit einem besseren Weihnachtsgeschäft rechnen kann.

Die Leipziger Ausstellung war gut besetzt und die Bemusterung teilweise sehr gut. Es waren vertreten: Kleider- und Wäschestoffe aller Art, Herren-, Damen- und Kinderkonfektionen in allen Preislagen (wenn auch die Stapelwaren vorherrschten), Wäschekonfektion, Blusen, Stickerien, Spitzen und Posamenten, Knöpfe, Besätze und Kleiderbedarf, Sportbekleidung, Arbeiter- und Berufsbekleidung, Schürzen, Mäntel und Bandwaren, Krawatten und Schals, Wirt- und Strickwaren, Strümpfe und Handschuhe, Gardinen, Teppiche, Möbelfstoffe usw. In den Musterkollektionen wurden zahlreiche Neuheiten gezeigt. Unter den Ausstellern (880 Aussteller von 8600 Ausstellern überhaupt) fielen neben den Wiener und tschechoslowakischen Ausstellern die Musterhäuser echter Orientteppiche aus Persien, Bosnien (Serajewo) und der Türkei (Smirna) auf. Außerdem waren auf dem Gebiete der Sportbekleidung englische Firmen mit Qualitätswaren vertreten, die allem Anschein nach gut abgeschritten haben. Vielfach hängt das gute Geschäft, das gerade ausländische Textilfirmen auf der Leipziger Herbstmesse 1927 buchen können, mit der gegenwärtigen Konjunktur in Deutschland zusammen, die ein Steigen der Preise und den Absatz fremder Erzeugnisse mehr ermöglicht.

Wie bereits schon oben angedeutet, stütze sich das gute Geschäft der Textilindustrie auf der Leipziger Herbstmesse vorwiegend auf Inlandsaufträge. Jedoch scheint in dieser oder jener Branche auch in Leipzig der Export wieder mehr in Fluß gekommen zu sein. So kauften die Dänen Kinderbekleidung, aus den englischen Kolonien machte sich Nachfrage nach Dauer- und Zelluloidwäsche bemerkbar. Für Modeneuheiten interessierten sich u. a. die Einkäufer aus dem Baltan und die Vertreter der Schweiz und Hollands. Hier dürfte es auch zu größeren Abschlüssen gekommen sein. Abschließend ist zu bemerken, daß die Leipziger Herbstmesse den Auftragsbestand vieler Firmen stark vermehrt haben dürfte.

Die Ausstellung für Textilmaschinen brachte nicht wesentliche Neuheiten. Die Nachfrage nach allen möglichen Arten von Maschinen ist aber sehr groß gewesen. Dem entspricht, daß die deutsche Textilmaschinenindustrie in den letzten Monaten durchweg sehr gut beschäftigt war. Viel bemerkt wurde auf der Messe die mottenschlere Wolle. Die Firma Schachenmayer, Mann u. Co. in Salach, Württemberg, zeigt einen Veredelungsprozeß von Wollgarnen, von dem sie behauptet, die Mottenplage für Wollprodukte beseitigt zu haben. Es handelt sich um Versuche, die sich über einen Zeitraum von sechs Jahren erstrecken. Die behandelte Wolle soll nicht nur von den Raupen der Motte nicht mehr gefressen werden, sondern der Wolle sollen bei der Behandlung alle wertvollen Eigenschaften wie Griff, Glanz und Weichheit in vollem Maße erhalten bleiben.

Sollte sich das Verfahren bewähren, so liegt die wirtschaftliche Bedeutung der Erfindung auf der Hand. Die Wollproduktion machte 1913 ungefähr eine Milliarde Kilogramm gewaschener Wolle aus. Auf den deutschen Verbrauch entfallen davon hundert Millionen Kilogramm. Die Lebensdauer der wollenen Kleidungsartikel ist nun recht lang, auch wenn sie verschliffen sind, wandern sie in die Kunstwollfabriken, um noch einmal, mit mehr oder weniger neuer Wolle vermischt, als neue Ware dem Verbrauch zugeführt zu werden. Der Fabrikationsgang wird aber durch Mottenfraß ungemein gefährdet. Nimmt man an, daß nur ein Prozent der Wolle im Laufe der vielen Jahre von den Motten aufgefressen wird, so macht das für Deutschland eine Million Kilogramm aus. Die verlorene Summe beträgt bei einem Durchschnittspreis von zehn Mark für ein Kilogramm zehn Millionen Mark. Augenscheinlich ist diese Rechnung viel zu niedrig, da der wirkliche Schaden viel mehr beträgt.

Ueber die Brauchbarkeit des neuen Verfahrens liegt ein Gutachten des bekannten Professors Dr. Hase, Berlin-Dahlem, vor. In ihm wird folgendes festgestellt: „In den Versuchsreihen von neunzehn mit Eulan vorbehandelten Versuchsstücken war nicht eines beschädigt, während von elf nicht behandelten fünf Lochfraß zeigten, vier stark und zwei immerhin deutlich zerfressen waren. Es hatten also alle elf unbehandelte Stücke vom praktischen Standpunkt aus eine Schädigung und damit eine Wertminderung erfahren. Aus den Versuchsergebnissen geht demnach einwandfrei hervor, daß die mit Eulan behandelten Wollen gegen Mottenfraß weitgehend gesichert sind. Außerdem sei noch erwähnt, daß die Mottenraupen bei den mit Eulan behandelten Wollen eine auffallende Sterblichkeit zeigten.“ Mottenschlere Garne werden durch die obengenannte Firma in den Handel gebracht, und zwar unter dem Vermerk „Mottenschlere durch Eulan der I.G.-Farbenindustrie.“

Gute Textilmesse in Leipzig.

Eulan, das neue Mottengift.

Die Leipziger Herbstmesse, die vorige Woche stattfand, ist im großen und ganzen gut verlaufen. Die von den Einkäufern gemachten Bestellungen dürften allerdings nicht so umfangreich sein wie auf der Frühjahrsmesse, jedoch sind sie zahlreicher als im Frühjahr 1927 ausgefallen. In diesen vielen kleinen Orders kommt der Charakter der gegenwärtigen Konjunktur zum Ausdruck. Der Detaillist läuft nicht, um die Lager zu füllen. Dafür scheint ihm die Lage auf dem Geldmarkt zu unsicher zu sein. Man rechnet mit einer Erhöhung des Reichsbankdiskonts, die bekanntlich das Durchhalten größerer Lagerbestände äußerst schwer macht. Da gibt man heute eben kleine Aufträge auf, um den starken Massenbedarf laufend zu befriedigen. Das ist ganz erklärlich. Wir stehen erst einige Monate hinter einer der furchtbarsten Wirtschaftskrisen, die wir in der Nachkriegszeit erlebt haben. Hunderttausende von Arbeitskräften konnten mit der sich wiederbelebenden Konjunktur in den Arbeitsprozeß eingereicht werden und kamen damit wieder zum Verdienst. Mit der Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens ist nicht die Kaufkraft des einzelnen gestärkt worden, aber die Kaufkraft des Ganzen ist gewachsen. Dadurch erklärt sich die große Nachfrage auf den Warenmärkten, den Messen, besonders nach Fertigwaren und besonders nach Stapelware.

In den Jahren nach der Stabilisierung der Mark haben besonders die Produktionsmittelindustrien die Gunst der Konjunktur für sich gehabt. Es kam die große Reorganisation der Maschinenparks, die in den wichtigsten Branchen abgeschlossen ist. Heute hat sich der Schwerpunkt der Konjunktur zweifellos von den Produktionsmittelindustrien nach den Konsummittelindustrien verschoben.

Das führt denn zu dem großen Inlandsgeschäft, das sich schon auf der Leipziger Frühjahrsmesse und auch jetzt auf der Leipziger Herbstmesse zeigt. Die Fabriken der Konsumindustrien sind bis zur Leistungsfähigkeit beschäftigt. Das Geschäft mit der Inlandskundschaft ist so gut, daß das Auslandsgeschäft, in dem man nicht die überlegten Preise fordern kann wie im Inlandsgeschäft, stark vernachlässigt wird. Allen Anschein nach erklärt sich die Verschlechterung in unserer Handelsbilanz während der letzten Monate vorzugsweise aus dieser Tatsache.

Für die Entwicklung ist vor allen Dingen die Textilindustrie und das immerhin gute Geschäft, das sie auf der diesjährigen Herbstmesse machte, bezeichnend. Fast in allen Branchen scheinen die Betriebe bis in das neue Jahr hinein voll beschäftigt zu sein. So konnten bestimmte Damenstoffe von den Ausstellern nicht vor Februar und März 1928 geliefert werden. Allerdings spricht man viel in der Textilindustrie von den verschlechterten Geldverhältnissen. Jedenfalls wollen die Verkäufer wissen, daß sich der Zahlungseingang in den letzten Wochen merklich verschlechtert hat. Der Umsatz in Leipzig bekam aber aus einer Reihe von Tarifachen heraus viel Anregung. Hier sind zuerst die anziehenden Preise für Textilrohstoffe, z. B. für Baumwolle und Jute, darüber hinaus für die Weiterverarbeitung, die Garne, zu nennen. Allerdings konnte man in Leipzig nicht feststellen, daß sich die Einkäufer zu unüberlegten Käufen verführen ließen. Die Lager dürften denn auch nicht entsprechend den Umfang angenommen haben, wie dies vor Jahren der Fall war. Sollte wider Erwarten die oft an die Wand gemalte Konfektionskrise doch kommen, dann dürften zweifellos, eben weil die überlegten Lager nicht vorhanden sind, ihre Auswirkungen auf die

Zum Kampf in der Krefelder Textilindustrie.

Auf Grund der unzureichenden Löhne einerseits und des außerordentlich günstigen Geschäftsganges in der Krefelder Textilindustrie andererseits wurden die dortigen Tarife von der Textilarbeiterschaft vom 15. Juli dieses Jahres form- und fristgerecht gekündigt. Die Verhandlungen zwischen den Parteien verliefen ergebnislos. Die Folge war, daß die Textilarbeiterschaft mit 265 Leuten in den Streik trat, um so ihrer berechtigten Forderung mehr Nachdruck zu verleihen. Die Arbeitgeber riefen den Schlichtungsausschuß Krefeld zur Beilegung des Streikes an. Der Schlichtungsausschuß fällt dann auch unter dem 1. und 2. August einen Schiedsspruch, der sowohl eine Lohnerhöhung für die Zeitlöhner wie auch eine solche für die Akkordarbeiter vorschlägt. Der Schiedsspruch wurde von der Arbeiterschaft im Interesse des Wirtschaftsfriedens angenommen, wogegen er von denselben Arbeitgebern, die den Schlichtungsausschuß angerufen hatten, abgelehnt worden ist. Der von der Arbeiterschaft angerufene Schlichter in Köln, dem der Antrag auf Verbindlichkeit unterbreitet wurde, lehnte diese ab, weil die Arbeitgeber den Akkordarbeitern, also dem größten Prozentsatz (75 Prozent) der Krefelder Textilarbeiterschaft, grundsätzlich keinerlei Lohnerhöhung geben wollten. Dem Schlichter waren demnach die Grundsätze der Arbeitgeber heftiger als die Notlage der Krefelder Textilarbeiterschaft. Durch die ungewollte aber hilfreiche Stütze des Schlichters gingen die Arbeitgeber dazu über, am 8. August sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenstoffwebereien und am 13. August die der übrigen Branchen auszusperrten. Etwa 13.000 Menschen waren am 13. August den Grundrissen der Arbeitgeber geopfert. Darüber hinaus wurden weitere 8000 Menschen in der Samtindustrie in Mitleidenschaft gezogen, indem diese durch das Stilllegen der Produktion in den an der Ausherrung beteiligten Betrieben auf Kurzarbeit gesetzt worden sind. Nachdem der Schlichter nun sah, welchen Scheiterns er mit seiner Stellungnahme angerichtet hatte, versuchte er die Parteien durch eine nochmalige Aussprache einander näherzubringen. Um der grundsätzlichen Frage der Arbeitgeber, keine Akkordlöhnererhöhungen zu geben, aus dem Wege zu gehen, machte der Schlichter den Vorschlag, sämtlichen Akkordarbeiterinnen und -arbeitern die Lohnerhöhung in Form einer Facharbeiterzulage zukommen zu lassen. Somit erkannte der Schlichter an, daß die Lage der Krefelder Textilarbeiter und -arbeiterinnen eine solche ist, daß sie eine Lohnaufbesserung verlangen kann. Die Arbeitnehmerseite war bereit, dem Schlichter auch auf diesem Wege zu folgen, trotzdem lehnten auch hier die Arbeitgeber jede Verbindlichkeit ab, und der Schlichter sah sich genötigt, die Angelegenheit seiner vorgesetzten Dienststelle, dem Reichsarbeitsministerium, zuzuführen. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Parteien zum 31. August zu einer unverbindlichen Aussprache gebeten. Zwei Tage zogen sich die kontrasthaften Verhandlungen hin, um ergebnislos zu verlaufen. Den Arbeitgebern in der gesamten Textilindustrie Deutschlands scheint diese Verhandlung von außerordentlicher Wichtigkeit gewesen zu sein, was scheinbar von den Vertretern des Reichsarbeits-

ministeriums nicht erkannt worden ist. An der Verhandlung haben nicht nur die am Streit beteiligten Herren unter Führung des Syndikus des Spitzenverbandes teilgenommen, sondern indirekt, und zwar so hinterherum eine Reihe von Syndikati anderer Bezirke, die am Streikfall gar nicht beteiligt waren. Die Herren Vertreter des Reichsarbeitsministeriums scheinen auch gar nicht gemerkt zu haben, welche lächerliche Rolle dem Reichsarbeitsministerium durch die Krefelder Arbeitgeber zugebracht war. Von dem ernststen Willen befeelt, diesem Kampf in Krefeld ein Ende zu machen, hat die Arbeiterschaft eine Reihe von Wegen während der Verhandlung beschritten und durch Vorschläge eine Heberbrückung der Gegensätze zu erzielen versucht. Aber all der gute Wille vermochte nicht, die Arbeitgeber zu bewegen, der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Nach wie vor beharrten die Arbeitgeber auf dem Standpunkt, den größten Teil der Akkordarbeiter in Krefeld von der Lohnerhöhung auszuschließen. Diesem von den Arbeitgebern vertretenen Standpunkt konnte von der Arbeiterschaft unter keinen Umständen Rechnung getragen werden. Als dieses den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums unterbreitet wurde, konnte man sich nicht des Gefühls erwehren, daß diese der Ansicht seien, mit dieser bescheidenen aber konsequenter Stellungnahme würde die Arbeitnehmerseite den Bogen überspannen. Sollte diese Annahme richtig sein, so müßte man zu der Meinung gelangen, daß das Reichsarbeitsministerium von den Arbeitgebern zur ausführenden Geschäftsstelle ihres Arbeitgeberverbandes herabgewürdigt wird. Wie recht die Arbeiterschaft mit ihrer Stellung im Reichsarbeitsministerium hatte, wird ganz blitzschnell durch die Tagung des Präsidiums und des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Frankfurt am Main beleuchtet. Auf dieser Tagung hat auch der Abgeordnete und einflußreiche Textilindustrielle Frohwein aus Elberfeld, also aus dem schönen Rheinland, in dem zurzeit der große Kampf tobt und über den im Reichsarbeitsministerium verhandelt wurde, ein Referat über die Lohnpolitik der letzten Wochen gehalten. Hierbei wurde vom Redner betont, daß das Schlichtungsverfahren und die Verbindlichkeitsverfahren, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt haben, wirtschaftsschädlich seien. Hiermit wurde also offen ausgesprochen, was als drohender Geist über den Einigungsverhandlungen, des Reichsarbeitsministeriums schwebte, ohne von dem Herrn Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erkannt bzw. gewürdigt zu werden. Vielleicht sieht man nunmehr, nachdem das Wolffsche Telegraphenbureau die Meldung über die Rede des Textilindustriellen Frohwein aus Elberfeld gebracht hat, im Reichsarbeitsministerium bereits etwas klarer und ruft auch einmal den Textilindustriellen Krefelds zu, den Bogen nicht zu überspannen.

Der Kampf geht ungebrochen weiter. Die Textilarbeiterschaft von Krefeld wird sich das erkämpfen, was die Schlichtungsinstanzen ihr zur Lebensnotwendigkeit zwar anerkannten, aber trotzdem versagten.

Politische Wochenschau.

20 Jahre Jugendinternationale. — Große Gewerkschafts-Tagung in Berlin. — Die Schuld am 15. Juli in Wien. — Konferenz der Interparlamentarischen Union. — Die Herbsttagung des Völkerbundes.

Zur Erinnerung an den Tag, an dem in Stuttgart vor 20 Jahren die erste internationale Konferenz sozialistischer Jugendverbände stattfand, wurde Ende August in dieser Stadt eine Jubiläumssfeier veranstaltet, die sich zu einem imposanten Festmahl um die Idee der Internationale und zu einer wichtigen Kundgebung für den Schutz der Jugend, für die Völkerverständigung und den Weltfrieden gestaltete. Ausländische Organisationen in großer Zahl hatten ihre Vertreter entsandt. Es war ein Fest internationaler proletarischer Solidarität, das jedoch durch die Tatsache getrübt wurde, daß die Jugend ebenso wie die anderen Organisationen der Arbeiter nicht mehr so geschlossen marschieren wie vor 20 Jahren.

Man darf es dagegen als ein gutes Zeichen werten, daß ein großes Fest, das zu gleicher Zeit die Berliner Gewerkschaften veranstalteten, zu einer Kundgebung für die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse wurde. 150.000 bis 200.000 Berliner Gewerkschaftsgenossen waren im Treptower Park versammelt, nachdem sie in eindrucksvollem Tamarrsch dem Bürgerum die Größe der proletarischen Bewegung gezeigt hatten. Zwar hatte auch hier wieder kommunistische Sonderbrötlei Uneinigkeit in die Reihen hineinzutragen versucht, aber dank deren Disziplin blieben alle Störungsvorwürfe unbeachtet. Denn die Mehrheit des arbeitenden Volkes weiß, daß uns angeht, der immer sichtbareren werdenden Einheitsfront der heftigsten Klassen zur Verteidigung ihrer Rechte nichts wichtiger ist, als auch bei uns die Einheitsfront der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu sichern.

Am 15. Juli war es in Wien zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und demonstrierenden Arbeitern gekommen. Weit über 100 Todesopfer waren zu verzeichnen, zahllos waren die Verletzungen leichter und schwerer Art. Die bürgerlichen Parteien Österreichs hatten behauptet, daß die Arbeiter die Polizei angegriffen hätten, und daß diese nur in der Verteidigung geschossen habe. Nunmehr ist der Bericht des Untersuchungsausschusses erschienen, den der Wiener Gemeinderat eingeleitet hat. Es erweist sich daraus, daß der Hauptschuldige an diesen Vorgängen der Wiener Polizeipräsident Schaber ist. Er hat seine bewussten politischen Attacken auf die Demonstranten unter dem Vorwand der Verwirrung entfesselt, schließlich mußte auf die Arbeiter geschossen und das Ende war eine Katastrophe, wie sie Wien in gleichem Umfang niemals zuvor erlebt hat. Die Christlichsozialen, die im österreichischen Parlament mit den andern Bürgerlichen zusammen die Regierung bilden, wollten eine parlamentarische Untersuchung der Vorgänge durchführen; demgegenüber ist es zu begrüssen, daß der Wiener Gemeinderat, der eine sozialdemokratische Mehrheit besitzt, dafür sorgt, daß über die Vorgänge eine öffentliche Untersuchung erfolgt wird.

In der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Paris, in der die Vertreter der meisten europäischen Länder anwesend waren, hielten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Löbe und Sollmann Reden über die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die allgemeine Beachtung fanden. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß eine dauernde Aussöhnung zwischen den beiden großen Nachbarländern nicht möglich sei, solange fremdes Militär auf deutschem Boden stehe und solange die unterlegenen Völker zwar abrüsten mußten, die anderen Länder dagegen ihre Kriegsrüstungen noch weiter verstärkten. Man hat diesen Reden auch in den Staaten Beifall gezollt, die ehemals Deutschlands Kriegsgegner waren. Leider ist aber nicht zu erwarten, daß davon eine sichtbare Wirkung ausgehen wird, solange an der Spitze dieser Länder bürgerliche Regierungen stehen und solange auch auf deutscher Seite Nationalismus und Revancheeiden noch nicht völlig ausgerottet sind.

Auch die Tagung des Völkerbundes, die jetzt in Genf begonnen hat, wird an den bisherigen Verhältnissen wenig ändern. Man wird einige Streitfälle zwischen kleineren Ländern erledigen, aber die Hauptfrage, die Herstellung eines wirklichen und dauernden Friedens in Europa und in der Welt wird nach wie vor ungelöst bleiben. Das Rheinland soll 60.000 Mann Besatzung behalten, trotz der Abmachungen von Locarno und auch an dem Rüstungssystem der großen Militärstaaten soll nichts geändert werden. Selbst bürgerliche Politiker sind mit dieser Untätigkeit des Völkerbundes außerordentlich unzufrieden. Aus diesem Grunde ist auch Lord Robert Cecil, ein wackelhafter Konservativer, aus dem englischen Kabinett zurückgetreten. Der französische Außenminister Briand hat zwar in der Interparlamentarischen Union versichert, daß Frankreich die Verständigung wünsche, sie wird aber, so muß man hinzufügen, erst dann kommen, wenn der Völkerbund aus einem Bunde imperialistischer Regierungen ein Bund der arbeitenden Völker geworden ist.

Schwarze Röcke - seidne Strümpfe.

Da haben sie wieder in feierlichen Bratenröcken, Aktionäre, Vorstand und Aufsichtsrat im trauten Verein — bei der außerordentlichen Generalversammlung der J. P. Bemberg Aktiengesellschaft, die zum 26. August nach Barmen einberufen war. Einmütig wurde eine Erhöhung des Aktienkapitals, das heute 16 Millionen Mark beträgt, in dem beispiellosen Umfange von fast 80 Prozent, nämlich um 12 Millionen Mark beschlossen. Die J. P. Bemberg A.-G. fabriziert in der hauptsächlichste Kunstseide nach dem Kupferoxyd-Ammoniat-Verfahren, ein besonders schweres und glänzendes Gewebe, das sich vorwiegend für Seidenstrümpfe eignet.

Die Mode der kurzen Kleider wird sich behaupten — trotz der blöden Anordnungen einiger größtenteils sinniger Diktatoren, die ihre Straßenpolizisten mit Weisungen ausstatten, um bei zu weit sichtbaren Damenbeinen sittlichen Anstoß zu nehmen, und trotz der maderischen Auslassungen gewisser kirchlicher Kreise, die öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein trinken. Mit der Mode der kurzen Kleider wird auch das Geschäft in Seidenstrümpfen weiter wachsen, blühen und gedeihen.

In der Generalversammlung konnte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Karl Benrath, auf die starke Abflachung der Aktienkurse, die eine beträchtliche Erweiterung der Produktionsstätten erforderlich mache. Die jetzige Kapitalerhöhung soll außerdem dazu dienen, die frühere Auslandsanleihe allmählich zu tilgen. Einige Aktionäre hatten Bedenken, daß durch eine solche beträchtliche Kapitalerhöhung, die einer Kapitalverwässerung ähnlich sieht, ein Sinken der Börsenkurse herbeigeführt werden könnte. Diese Bedenken zerstreute der das Wort führende Aufsichtsratsvorsitzende in der Generalversammlung. Das laufende Geschäftsjahr, das am 30. September endet, habe im vollen Umfange die Erwartungen erfüllt, und die Verwaltung hoffe, für das jetzt seinem Ende zugehende Geschäftsjahr eine wesentlich höhere Dividende verteilen zu können als im Vorjahre. (1924/25 und 1925/26 wurden je 8 Prozent Dividende gezahlt.) Das Unternehmen sei, so wurde in der Generalversammlung weiter ausgeführt, für die nächste Zeit so stark beschäftigt, daß die Erweiterung der Produktionsbetriebe sich als unumgänglich erweise. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß für die Ausdehnung und Vergrößerung der befreundeten Hölle-Seiden G. m. b. H., an der die J. P. Bemberg A.-G. mit 50 Prozent beteiligt ist, ebenfalls neue Mittel erforderlich sind. Ferner habe die American Bemberg Corporation, deren Werke in Bemberg bei Johnson City im Staate Tennessee (Vereinigte Staaten) liegen, vor kurzem eine Kapitalerhöhung beschlossen, so daß auch hierfür Mittel aufzuwenden sind. Diese amerikanischen Werke wurden erst Ende 1926 in Betrieb genommen und sollen in dem bisherigen Umfange bereits in der Lage sein, fast ein dreiviertel Million Kilogramm Seidengarn jährlich herzustellen. Die Gesellschaft arbeitet in Amerika ohne Konkurrenz. Außerdem bestehen ausländische Niederlassungen in Italien und Frankreich.

Die J. P. Bemberg A.-G. besteht als solche seit dem Jahre 1897; die Firma selbst besteht aber schon seit 1792 und befaßt sich ursprünglich mit der Baumwollweberei und der Garnfabrikation. Die Fabrikation von Kunstseide wurde erst im Jahre 1901 aufgenommen. Vor dem Kriege konnte die Gesellschaft auf keinen grünen Zweig kommen, jahrelang, auch 1913/14, wurde keine Dividende verteilt. Bemerkenswert ist die Kursentwicklung. 1913 war der höchste Kurs 50 Prozent, 1926 wurden 244 Prozent erreicht, heute bewegt sich der Kurs um 500 Prozent her. Die neuen Aktien werden von einem Bankentontorium übernommen, davon 4 Millionen Mark den alten Aktionären derart zum Bezuge angeboten, daß auf vier alte Aktien zu 200 Mark eine neue Aktie zu 200 Mark zu 120 Prozent bezogen werden kann. Aus dem Börsendeckel überseht heißt das: Der Besitz von vier alten Aktien im Nennwerte von je 200 Mark ist Bedingung, um eine neue oder junge Aktie zu erwerben. Während eine Aktie im Nennwerte von 200 Mark bei einem Börsenkurs von 570 Prozent 1140 Mark wert ist, erhalten die Besitzer der jungen Aktien eine neue 200-Mark-Aktie zum Kurse von 120 Prozent, also für 240 Mark. Wir sehen jetzt, welche wertvolle Ertragabgabe die Aktionäre durch ein solches Bezugsrecht erhalten und wir verstehen auch die wochenlangen Erörterungen in der Handelspresse, die sich darüber aufregte, daß von den neuen 12 Millionen Mark Aktien die Aktionäre selbst nur 4 Millionen Mark erhalten. Infolge des beispiellos günstigen Ausgabekurses von 120 Prozent war diese Erregung bis zur Generalversammlung vollkommen vererbt, und die von der Verwaltung vorgeschlagene Transaktion konnte widerspruchlos bewilligt werden. Die neuen Aktien sind an der Dividende für das laufende Geschäftsjahr mit einem Viertel beteiligt. Unter Berücksichtigung des dadurch bedingten Kursrückganges sind die neuen Aktien in kurzer Zeit ebenso viel wert wie die alten, und die glücklichen Aktionäre können den ihnen auf diese mühelose Weise in den Schoß gefallenen Gewinn nach Belieben einheimen. Was geschieht nun mit den übrigen 8 Millionen Mark neuen Aktien? Diese bleiben einstweilen in den Händen des Uebernahmestontiums, das unter anderem aus den Bankfirmen Schlesinger, Trier u. Co., Berlin, Speyer-Glissen, Frankfurt a. M., Speyer, New York, und Lehmann Brothers, New York besteht. Dieses Kontorium übernimmt die jungen Aktien zum Kurse von 400, worin bei einem um rund 170 Prozent höheren Börsenkurs ebenfalls eine erhebliche Gewinnquote liegt. Der verhältnismäßig hohe Uebernahmekurs, der nach langen Beratungen und reiflicher Prüfung zustande gekommen ist, beweist besonders im Hinblick auf die ungewisse Börsenlage, wie zuverlässig von Bankseite die Aussichten der J. P. Bemberg A.-G. beurteilt werden. Den Aktionären hätte bei anderweitiger Regelung des Bezugsrechts ein wesentlich höherer Gewinn zufallen können, wenn das Bankentontorium bescheidener gewesen wäre. Der Gesellschaft fließen durch die Kapitalerhöhung an baren Mitteln 36,8 Millionen Mark zu, nämlich 4 Millionen zu 120 Prozent gleich 4,8 Millionen Mark und 8 Millionen zu 400 Prozent gleich 32 Millionen Mark.

Einen Tag später fand in Essen eine außerordentliche Generalversammlung der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G., Elberfeld, statt, die ebenfalls zu ähnlichen Bedingungen und mit ähnlicher Begründung eine außergewöhnliche Erhöhung des Aktienkapitals vornimmt. Beide Gesellschaften stehen bekanntlich in enger Verbindung, die Vereinigte Glanzstoff-Fabrik A.-G. ist Führerin des internationalen Kunstseidentrusts in Deutschland. Das beteiligte Bankentontorium ist das gleiche wie bei der J. P. Bemberg A.-G. Von deutschen Banken sind an diesen Transaktionen außer den genannten noch die Deutsche Bank, die Darmstädter und Nationalbank, die Firmen Georg Fromberg u. Co. und J. F. Schroeder, Bremen, interessiert. Auch hier wurde die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung mit der starken Ausdehnung des Geschäfts begründet. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß eine Erweiterung der Produktionsstätten bei den verschiedenen Beteiligungen, unter anderem bei dem Kölner Werk, das zusammen mit der englischen Courtauld-Gesellschaft errichtet worden ist, ferner bei der von Vieches Erben übernommenen Kunstseidenfabrik, der J. P. Bemberg Corporation, große Mittel beansprucht. Hier wird das bisherige Aktienkapital von 42,5 Millionen Mark um 18 Millionen Mark derart erhöht, daß 60.000 Stück Stammaktien zu 300 Mark mit halber Dividendenberechtigung (das Geschäftsjahr endet am 31. Dezember) und 5000 Stück Vorzugsaktien zu je 60 Mark mit vierfachem Stimmrecht ausgegeben werden. Die alten Aktionäre erhalten, wenn sie sich über den Besitz von fünf alten Aktien ausweisen, eine neue Aktie ebenfalls zum Kurse von 120 Prozent. Aber auch hier erhalten die Aktionäre nicht die ganzen neuen Aktien, sondern nur 8,4 Millionen Mark, während das Bankentontorium 9,8 Millionen Mark neue Aktien übernimmt, wie es heißt zum Kurse von 500 Prozent.

Der gegenwärtige Börsenkurs der alten Glanzstoff-Aktien beträgt über 700 Prozent; der dem Bankentontorium zufallende Gewinn ist hier also noch höher, ebenso aber der Kursgewinn, der den alten Aktionären zufällt. Trotzdem ist in dieser Generalversammlung die Kapitalerhöhung nicht ganz widerspruchslos beschlossen worden. Ein Kölner Justizrat, der anscheinend ein Kölner Bankhaus vertrat, gab in der Generalversammlung Protest zu Protokoll, ohne allerdings damit etwas zu erreichen, weil er einen zu kleinen Aktienbesitz vertrat. Der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G. fließen durch die Kapitalerhöhung rund 58 Millionen Mark zu. Unter Zugrundelegung der Bewertung der Aktien an der Börse vergrößert die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken A.-G. jetzt ein Kapital von etwa einer halben Milliarde Mark.

Wir dürfen als bekannt voraussetzen, daß der Kunstseidenkongress neben seinen ausgedehnten internationalen Beziehungen auch im Inlande engste Verbindungen mit der Großindustrie verfügt. Erinnert sei an die Verflechtung mit der I.G.-Farbenindustrie A.-G., der größten deutschen Aktiengesellschaft. Bei solch engen Beziehungen wird es begreiflich, weshalb auch in der Kunstseidenindustrie trotz der überaus glänzenden Geschäftslage und trotz der denkbar besten Zukunftsaussichten Löhne gezahlt werden, die buchstäblich den eigenen Arbeiterinnen die Möglichkeit nehmen, an dem Konsum der von ihnen hergestellten Produkte teilzunehmen. Selbene Strümpfe, erst recht wenn sie aus Kunstseide sind, können auch in dem „berarmten“ Deutschland ein Massenartikel werden, was sie heute bei uns nicht entfernt in dem Maße sind wie in anderen Industrieländern Europas, von Amerika gar nicht erst zu reden. Dazu sind bei uns die Preise viel zu hoch und die Löhne und Gehälter viel zu niedrig. Wenn wir uns auch darüber klar sind, daß gerade bei Seidenstrümpfen von der Fabrikation des Rohgewebes bis zum Verkauf im Strumpfgeschäft viele Faktoren zur Verteuerung mitwirken, daß Färberei, Ausküsterei, Groß- und Kleinhandel ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen, das eine muß jedem, der an Herstellung oder Vertrieb solcher als Massenartikel vorbestimmter Waren beteiligt ist, einleuchten: Nur durch Massenabsatz im Inlande kann die glänzende Geschäftslage der Kunstseidenindustrie Bestand haben. — Wir könnten die Werke Heinrich Heines; „Schwarze Röcke, seidne Strümpfe...“ weiter zitieren und schließen: „Ach, wenn sie nur Herzen hätten“. Ach, an dem guten Herzen fehlt es unsern Unternehmern, zwar nicht den Repräsentantinnen des zarten Geschlechts gegenüber, zu denen sie in mehr oder weniger legitimen Beziehungen stehen. Aber so weit reicht der Weitblick der Unternehmer nicht, daß bei höchstmöglicher Bezahlung der heimischen Arbeiterin sie sich selbst den größten Gefallen tun würden. Sie verschließen die Augen vor der Tatsache, daß auf allen Gebieten der Textilindustrie ein ungeheurer Inlandsbedarf vorhanden ist, der bei den heutigen Löhnen nur vollkommen unzureichend befriedigt werden kann.

Julius Fries.

Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands vom 14. bis 17. August 1927 zu Freiburg i. B.

(Schluß.)

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Montag, dem 15. August, im katholischen Gesellenhaus. Nach einer Umstellung der Tagesordnung referierte zunächst Herr Professor Wehrle-Nürnberg über „Strukturwandlungen in der Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Rückwirkungen auf Arbeitsmarkt und Arbeitsverhältnisse“. Professor Wehrle entwarf ein Bild über die gegenwärtige Stellung der Textilindustrie in der Weltwirtschaft. Er besprach die Standorte der Rohstoffe und der Verarbeitung sowie die Wandlung in Handel, Technik und Mode. Auch die Lohn- und Arbeitszeitfrage unterzog er einer eingehenden Betrachtung. Gegenüber den sächsischen Textilindustriellen, die erst vor kurzem eine Entschlebung auf einer Dresdener Tagung angenommen hatten, die sich gegen den achtstündigen Arbeitstag richtete, führte er aus, daß es der Entschlebung an innerer Wahrheit mangle und sie nur eine Umanberverteilung allgemeiner Reaktionsarten darstelle. Weiter vertrat er die Auffassung, daß, wenn die deutsche Textilindustrie den Export mehr fördern will, sie in erhöhtem Maße hochqualifizierte Produkte herstellen müsse. Qualitätsarbeit verlange aber Facharbeiter. Er trat deshalb für einen größeren Ausbau der Fachschulen ein.

Einen weiteren Tagesordnungspunkt stellte die Frauenarbeit in der Textilindustrie dar, die in mehrere Unterkategorien geteilt wurde. Otto Mayer-Langenbielau sprach über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit. Eingangs seiner Rede wies er nach, daß die Frauenarbeit in der Industrie, und im besonderen in der Textilindustrie, immer stärker zugenommen habe, was ihn schließlich auch zum Ausspruch veranlaßte: „Der Anteil der Frau im Wirtschaftsleben zeigt ihre volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die nicht bestritten werden kann.“ Dieser Ausspruch hinderte ihn aber nicht, bald danach zu fordern, daß die verheiratete Frau von der Erwerbsarbeit entbunden werden solle. Fräulein Woiast, Düsseldorf, sprach über: „Die Gefahren der Frauenarbeit für Arbeiterin, Familie und Volk.“ Herr Böing sprach über: „Leistung und Entlohnung der Textilarbeiterinnen.“ Fräulein Helene Herberts, Dresden, über: „Hilfe und Lutz durch die Gesetzgebung.“ Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen des Verbandes wurden von Fräulein Josephine Berens, Aachen, begründet. Sämtliche Referate stellten stark die Weltanschauungsfragen in den Vordergrund und versuchten, ihre gegenwärtige Auffassung zum Deutschen Textilarbeiterverband stark zu betonen.

Die Diskussion bewegte sich völlig im Rahmen der Referate. Beachtlich war, was Lettehhaus gegen die Forderungen der deutschen Spinnereientnehmer bezüglich der Zollfrage ausführte. Er verlangte die europäische Verständigung. Bezüglich der Lohnfrage sagte er ganz richtig, daß nicht diejenigen Länder unsere Konkurrenten wären, die niedrigere Löhne zahlten, sondern immer jene, die höhere Löhne zahlten. Er kommt damit zu der Schlußfolgerung, daß diejenigen Länder, die höhere Löhne zahlen, bessere Waren herzustellen in der Lage sind. Franz Fischer besprach in der Diskussion noch die Bildungs- und Erziehungsarbeit, die geleistet werden müsse gegenüber den Frauen, und betonte, daß die Verbandsarbeit stärker auf die Erwerbung und Erziehung der Frauen zu Gewerkschaftern einzustellen sei.

Am Geschäftsbericht kündigt der Vorsitzende Fahrenbrach an, daß der christliche Textilarbeiterverband am 1. Januar 1928 eine wöchent-

lich erscheinende Frauenbeilage der Verbandszeitung bellegen wird. Im weiteren soll eine Pensionstafel für die Arbeiter geschaffen werden. Dann behandelte er noch die Beitragsfrage. Die Lohnabteilung soll besser ausgebaut werden. In der Aussprache wurde der Geschäftsbericht vom Kassierer Schaffrath, von Lettehhaus, der für die Betriebsräteabteilung sprach, und von Gerhard Müller, dem Redakteur der Zeitung, ergänzt. In der Diskussion wurde eine Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes nicht geübt. Man kann sagen, daß sie von einem kameradschaftlichen Geist getragen war. Die Regelung der Beitragsfrage sowie die eingegangenen Anträge wurden in dazu gewählten Kommissionen verwiesen. Im Plenum der Generalversammlung wurde darüber nur ganz kurz berichtet und abgestimmt. Lettehhaus berichtete für die Kommission über die Frage der Beitragsleistung. Aus dem Bericht war nur zu entnehmen, daß die 30-Pf.-Marke in Zukunft als Jugendmarke gilt, daß die Staffelbeiträge bis hinauf zu 2 M. festgesetzt worden sind und ab 1. Oktober zur Einführung gelangen. Die Anträge für die Einrichtung einer Pensionstafel wurden in der Weise erledigt, daß die Frage dem Zentralvorstand zur weiteren Prüfung überwiesen wird. Dieselbe soll nach erfolgter Urabstimmung vom Zentralvorstand dann durchgeführt werden, wenn die Urabstimmung in ihrem Ergebnis für Einführung der Pensionstafel ausfällt. Die Streikunterstützung soll wie bisher bestehen bleiben. Ein angenommener Antrag, der besagt, daß in den Fällen, wo die Streikunterstützung höher ist als der tatsächliche Verdienst, diese auf die Höhe des Verdienstes gekürzt wird, dürfte wohl praktisch ohne Bedeutung sein.

Die Generalversammlung bot nach außen hin ein Bild starker Geschlossenheit. Dieses Bild wurde etwas getrübt durch die Stimmzettwahl des ersten Vorsitzenden, indem von 70 Delegierten nur 58 Stimmen auf Fahrenbrach fielen. Elf Stimmzettel waren weiß, zwei Stimmzettel lauteten auf andere Kollegen und ein Stimmzettel war unglücklich. Dem Verbandstag wurden dann Leitfäden über das Programm des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter vorgelegt. Das Referat hierzu hatte Franz Fischer. Er stellte seinen Ausführungen voran, daß die Forderungen des Verbandes die Grundlagen zur Versammlungsarbeit darstellen sollen. Sie sollen ferner ein Mittel zur Ausarbeitung von Flugdrucken usw. bilden. Fischer hielt ein durchaus geistig hochstehendes Referat, in welchem er ausreichenden Schutz für die Persönlichkeit verlangte und einen besseren Ausbau des Frauen- und Jugendschutzes. Er verlangte, daß die Textilarbeiter zum Standesbewußtsein erzogen werden müßten. Zur Arbeitszeitfrage sagte er u. a.: „Wir bekennen uns zum Achtstundentag. Nicht der Ueberstundenzuschlag ist das Entscheidende, sondern die Herabsetzung der Arbeitszeit. Ein sogenannter Aufstieg ohne Verkürzung der Arbeitszeit ist kaum denkbar.“ Auch die Mitbestimmung der Betriebsräte in den Betrieben sowie die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in der Gesamtwirtschaft arbeitete er in vorzüglicher Weise heraus. Das Programm der christlichen Textilarbeiter verlangt u. a. in seinen Forderungen zu Lohn und Lebenshaltung:

„Soweit der Lohn des Familienernährers nicht ausreicht, eine kinderreiche Familie den möglichen zivilisatorischen Verhältnissen entsprechend zu unterhalten, ist solchen Familien entsprechend der in Artikel 119, Absatz 2 der Reichsverfassung gegebenen Zusicherung: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge“ durch weitgehende steuerliche Bevorzugung, durch Erstellung billiger ausreichender Wohngelegenheiten, eventuell auch durch Schaffung einer Elternschaftsversicherung fühlbare Erleichterung zu gewähren.“

Ferten werden pro Jahr mindestens 14 Tage verlangt. Bezüglich der Forderungen betreffend Tarifverträge wird u. a. zum Schlichtungswesen gesagt: „Die vereinbarten Schlichtungsstellen sollen jedoch gegenüber den amtlichen den Vorrang haben. Das Bestreben der Arbeitgeber, die Verbindlichkeitserklärungen von Schlichtsprüchen zu befeitigen, wird von uns schärfstens bekämpft.“ Bei der Forderung betreffend Betriebsvertretung heißt es u. a.: „Den Betriebsräten ist ein besonderer Schutz vor Benachteiligung durch sogenannte rückständige Arbeitgeber zu gewähren. Ohne Zustimmung der Betriebsvertretung darf eine Entlassung von Betriebsratsmitgliedern auch dann nicht möglich sein, wenn offensichtlich ein Grund zur Entlassung vorliegt. Die Wahlperiode der Betriebsräte soll auf mindestens zwei Jahre verlängert werden.“ Bezüglich der Forderung zur Berufsausbildung werden in allen Textilgebieten für das Textilgewerbe besondere Fachschulen verlangt. Unter Jugendschutz wird die Heraushebung des Schulalters jugendlicher Arbeiter von 16 auf 18 Jahre verlangt. Ferner wird die Forderung zur Mitwirkung der Arbeiter in der Textilwirtschaft aufgestellt.

Bayreuther Polizeischikanen.

Gelegentlich der dortigen Jubiläumsfeier verbot der Bayreuther Polizeigewaltige das Mitführen eines Plakats im Festzug, auf welchem der achtstündige Arbeitstag verlangt wurde. Unsere Gauleitung führte durch die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages gegen dieses Verbot Beschwerde. Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages teilte nunmehr der Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes folgendes mit:

„Auf Ihre Zuschrift vom 8. Juni 1927, Reg. Bez. S./1. K./1. haben wir uns beschwerdeführend an das Staatsministerium des Innern gewandt und um Einschreiten gebeten. Mit Schreiben vom 20. Juli 1927 erhielten wir folgenden Ministerialbescheid:

„Am Hinblick auf die Aenderung der oberpolizeilichen Vorschriften über die öffentliche Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugdrucken vom 27. Oktober 1926 habe ich Anordnung ergehen lassen, daß derartige Plakate, wie sie der Deutsche Textilarbeiterverband anlässlich seines Umzuges am 22. Mai 1927 in Bayreuth mitführen wollte, in Zukunft nicht mehr beanstandet werden.“

Ob diese Verfügung auf die Bayreuther Polizei irgendwelchen Eindruck macht, muß abgewartet werden. Der Bayreuther Polizeigewaltige ist ja bekannt dafür, daß er der Arbeiterschaft allerlei Schwierigkeiten bereitet.

Gaukonferenz des Gau Schlesien, Deutscher Textilarbeiterverband.

(Schluß.)

2. Verhandlungstag.

Kollegin Rische-Berlin sprach über: „Die Aufgaben der Frauen innerhalb des Textilarbeiterverbandes.“ Sie führte den langen Weg der Rechtschaffenheit der Frauen in früheren Zeiten, wo die Frau nur Sklavin des Herrn und des Mannes war, durch das Altertum, das Mittelalter bis zur jetzigen neuzeitlichen Entwicklung der Zubehören in interessanter Form ins Bewußtsein. Unendlich waren die Leiden der Frau in der Vergangenheit. Sie

wurde verkauft, hatte keinen selbständigen Willen und in den wenigsten Fällen ein Selbstbestimmungsrecht über ihre eigene Person. Durch ihre Tätigkeit auf sozialem Gebiete in Politik und Gewerkschaft hat sie sich heute eine bessere Position geschaffen. Politisch steht die Frau gleichberechtigt neben dem Manne. Auch gewerkschaftlich kämpft sie heute mit dem Mann Schulter an Schulter. Arbeiterschutzgesetz, Schwangerschutz ist durch die Arbeit des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Verbindung mit den anderen Gewerkschaften geschaffen worden. Heute haben wir eigentlich Klage darüber zu führen, daß das Erreichte viel zu wenig ausgenutzt wird. Es fehlt eben immer noch sehr viel an Verständnis für unsere Errungenschaften. In Verbindung setzen uns die Frauen bei guten Einrichtungen selbst des passiven Widerstand entgegen. Deshalb ist Aufklärung der Kolleginnen eine dringende Pflicht. Auch hier muß die Schulung der weiblichen Betriebsratsmitglieder einsehen. Errungene Rechte müssen ausgenutzt werden, wenn sie nicht wieder verlorengehen sollen. (Reicher Beifall.)

Zu Punkt 4 „Beschlüsse der Generalversammlung zu Hamburg“ referiert Kollege Frisch über deren Durchführung. Mit den Vorarbeiten muß schon jetzt begonnen werden. Es müssen an allen Orten Vertrauensförperrungen stattfinden. Auch die Unterfasserer müssen tatkräftig unterstützt werden. Zum 1. Oktober muß die Beitragsleistung, so wie sie in Hamburg beschlossen ist, durchgeführt sein. Die baldige Einführung der Beitragsregulierung ist eine dringende Notwendigkeit, weil die mit höherer Beitragsleistung verbundene höhere Unterstützung erst nach 26wöchiger Wartezeit erreicht wird. Wenn es im kommenden Frühjahr wieder zu größeren Kämpfen kommen sollte, so muß jedes Mitglied bereits die Unparteilichkeit auf eine auskömmliche Unterstützung haben. Nur durch Stärkung unserer finanziellen Kraft werden wir wieder Fortschritte machen können. Auch diesen Ausführungen folgt eine lebhafteste Aussprache. Die Delegierten sind im ganzen alle von der Notwendigkeit der Durchführung dieser Beschlüsse überzeugt. Kollege Feinbals macht hierzu noch überzeugende Ausführungen, welche allgemeinen Beifall fanden. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission war die Konferenz von 43 männlichen und 14 weiblichen Delegierten besucht. Daneben hatten sich noch viele Gäste eingefunden.

Ein Antrag der Filiale Sagan, die 40-Pfennig-Beitragsmarke beizubehalten, weil schon jetzt eine Reihe Jugendlicher in der 40-Pfennig-Klasse zahlen, wurde in Anbetracht des Beschlusses der Generalversammlung abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der Filiale Zillertal wegen der Entlohnung in den Flachspinnereien, speziell der Carderarbeiten und Hehler, eine Konferenz dieser Gruppe einzuberufen, wird begründet, angenommen und zur weiteren Erledigung dem Gauvorstand überwiesen. Die Lehrlingsfrage in der Textilindustrie ist Gegenstand längerer Beratung; nach Ansicht mehrerer Delegierter von Grünberg und Görlitz muß gerade diese Frage eine sorgfältige Betrachtung finden, damit nicht durch schlichtbeschaltete Lehrlingsarbeit den übrigen Textilarbeitern eine gefährliche Konkurrenz erwächst. Ein Antrag einer Zweigstelle Landeshut, wegen der jetzt eingetretenen Preiserhöhung eine zwischentarifliche Lohnhebung zu fordern, wird vom Kollegen Feinbals bekämpft, weil ein solches Vorgehen den Tarifgehabten an sich überhaupt in Gefahr bringen würde. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Im Schlusswort lobte Kollege Frisch die Begeisterung der Konferenz für alle behandelten Fragen. Er dankt dem Kollegen Lang, der durch seine Wahl in den Zentralvorstand Schlesien verläßt, für seine rege und vorbildliche Mitarbeit in unserem Gau. Trotz sehr schwieriger Verhältnisse hat er unter seiner Leitung die Beitragsleistung in der Filiale Langenbielau zuerst besser gestaltet. Die übrigen Geschäftsleitungen haben auch ihre Schuldigkeit getan. Doch bleibt noch viel zu tun übrig. Jeder Funktionär, ob angestellt oder nicht, muß sich mit ganzer Kraft in den Dienst der Organisation stellen. Wenn wir in diesem guten Geiste weiterarbeiten, braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein. Die Gaukonferenz hat uns in diesem Sinne wieder ein ganzes Stück vorwärts gebracht.

Die sächsische Textilberufsgenossenschaft im Jahre 1926.

Unlängst brachten wir an gleicher Stelle einen Aufsatz über die Unfälle in der sächsischen Textilindustrie im Jahre 1926. Die Angaben dieses Artikels waren dem Jahresbericht der technischen Aufsichtsbeamten der genannten Genossenschaft entnommen. Wir wollen heute einige Zahlen aus dem eigentlichen Geschäftsbericht der erwähnten Berufsgenossenschaft unseren Lesern zur Kenntnis geben.

Die Genossenschaft umfaßte am Schlusse des Berichtsjahres 5227 versicherte Betriebe mit einer Durchschnittszahl von 284 302 beschäftigten versicherungspflichtigen Personen. Die Zahl der Vollarbeiter (300 Arbeitslage) betrug 228 769. Insgesamt wurden von allen versicherten Arbeitnehmern 68 630 864 Arbeitstage mit einer achtstündigen Arbeitszeit geleistet. Nachgewiesen sind von den Arbeitgebern der Genossenschaft für das Jahr 1926 insgesamt 369 862 557 M. gezahlte Löhne. Unter den am Schlusse des Berichtsjahres eingetragenen 5227 Betrieben befanden sich rund 5000 wirklich arbeitende Betriebe, während der Rest, meist Kleinbetriebe der Stickerei, Strickerei, Spitzen- und Polamentenherstellung, ruhten. Diese Betriebe wurden jedoch im Betriebsverzeichnis nicht gelistet, da mit einer Wiederaufnahme der Arbeit in denselben in absehbarer Zeit zu rechnen sein wird. Sowohl die Zahl der gemeldeten Betriebe, als auch die Zahl der beschäftigten Personen hat in den letzten Jahren abgenommen. Hierfür folgende Aufstellung:

Geschäftsjahr	Zahl der Betriebe	Durchschnittszahl der beschäftigten Person.
1913	8277	273 289
1924	5734	304 164
1925	5813	312 523
1926	5227	284 302

Genau wie in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung... so sabotieren viele Arbeitgeber die Weidestimmung auch in der Unfallversicherung, die doch letzten Endes ihre eigene Einrichtung ist. Der Bericht schreibt hierüber: In wiederholten Fällen wurden Betriebe ermittelt oder von den Inhabern gemeldet, die schon seit mehreren Jahren bestanden hatten, ohne daß eine Anmeldung der Betriebsöffnung bei der Berufsgenossenschaft erfolgt war.“ Leider enthält der Bericht nicht die Zahl dieser Betriebe. Der Genossenschaftsvorstand sah sich veranlaßt, in verschiedenen dieser Fälle Ordnungsstrafen zu verhängen. Hierüber sind jedoch im Bericht leider ebenfalls keine zahlenmäßigen Angaben enthalten. Aus Mitgliederkreisen wurden im Berichtsjahre 105 Konfuzie und 25 Geschäftsaufsichten gemeldet. Die Zahl der Betriebsunfälle ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Was muß die Arbeiterin wissen?

Eine ungerechtfertigte Kritik.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 13. August bespricht Elisabeth Hoffmann die Arbeit der Internationalen Arbeiterkonferenz. In der Hauptsache setzt sie sich mit dem Beschluß über die Heimarbeit auseinander. Sie meint:

Es mutet ganz sonderbar an, daß die Engländerinnen mit ihrer Überzeugung und ihrem Ziel, die Heimarbeit verschwinden zu lassen, geblieben sind, und daß auch die deutschen Vertreterinnen in Gemeinschaft mit den österreichischen und französischen Genossinnen eine gemeinsame Resolution einbringen konnten, die nach wie vor die Heimarbeit unterstützt...

Wie stellen wir uns zu dieser Resolution? Glauben wir ernstlich daran, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Heimarbeit den den Betriebsarbeiterschaft derselben Berufe in der h a r e r Zeit gleichgestellt werden können? Nehmen wir tatsächlich an, daß die Sozialgesetzgebung des betreffenden Landes volle Wirkung für die Heimarbeit erlangen wird? — Ja, besteht überhaupt augenblicklich — unter den jetzigen Verhältnissen — die Möglichkeit, die Heimarbeit stärker gewerkschaftlich zu erfassen? — Ich glaube, alle drei Fragen können nicht anders als mit „Nein“ beantwortet werden.

Oder sollte der Rückgang des Mitgliederbestandes innerhalb der Gewerkschaften von 16 530 000 im Jahre 1923 auf 13 500 000 im Jahre 1926 einen anderen Schluß für den Stand der Arbeiterinnenbewegung zulassen? — Die Müdigkeit, die unsere politischen Organisationen befallen hat, wirkt sich naturgemäß auch innerhalb der Gewerkschaften aus...

Wie stellen wir uns aber nun zu der Heimarbeit? Kein Bereich Deutschlands ist wohl so mit Heimarbeitertinnen besetzt wie das Erzgebirge, und hier ist naturgemäß der Teil Deutschlands, der mit am schwersten alle wirtschaftlichen Schäden zu fühlen kommt...

Und all das geschieht, weil der Fabrikant spart! Er spart an den Löhnen der Männer, die nicht ausreichen für die Versorgung der Familie, er spart an Fabrikbauten, Licht, Steuern, Sozialabgaben, Kontenstellen und Instandhaltung usw. Alles auf Kosten der Heimarbeitertinnen, die für ihre Arbeit zu Hause noch geringer entlohnt werden als die Fabrikarbeiterinnen und dadurch immer wieder in Lohnrückstände geraten. Muß unsere Forderung nicht vielmehr sein: Hinweg mit der Heimarbeit! Laßt uns Möglichkeiten schaffen durch Kindertagesheime, Speisehäuser usw., die Frau so zu befreien, daß auch sie die freie Wahl hat: Beruf oder Familie und Haushalt. Und die Frau, die nach achtstündiger Arbeit nach Hause zurückkehrt, freudiger sich ihren Kindern noch die übrige Tageszeit widmen kann, die Frau, die bis in die Nacht hinein stricken oder bordieren oder nähen oder nähen oder sonst etwas tun muß, die nicht eine achtstündige, sondern oft eine 16- bis 18stündige Arbeitszeit hat...

Elisabeth Hoffmann passiert etwas sehr Unangenehmes. Sie widerlegt mit dem, was sie hinten anführt, das, was sie vorne sagte, und verrät zwischen den Zeilen, daß sie eigentlich von den Dingen, über die sie spricht, nicht allzuviel versteht. Oder trifft das nicht zu, wenn sie der Mehrheit des internationalen Arbeiterinnenkongresses vorwirft, Forderungen beschließen zu haben, die in absehbarer Zeit unerfüllbar bleiben müssen, und wenn sie dann die internationale Gewerkschaftsarbeit auf Bedingungen verpflichten will, die, ihrer Erfahrung nach, bei der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung des Proletariats erst recht keine Aussicht auf Erfolg haben?

Was steht zum Beispiel die Verwirklichung der Forderung: „Hinweg mit der Heimarbeit!“ voraus? Doch zunächst die unbeschränkte politische Macht ausübung des internationalen

Proletariats. Denn es handelt sich um einen Eingriff in die Organisation der Wirtschaft mit dem Zwecke, eine, entwicklungsunfähige, überlebte Wirtschaftsform, deren Arbeitsbedingungen zugleich staatspolitische Gefahren birgt, zu beseitigen. Wer von Staats wegen jemand — in diesem Falle sind es Millionen Heimarbeitertinnen — die Existenz nimmt, hat, falls seine Maßnahme nicht als Willkür, Brutalität, Gewaltakt usw. gewertet werden soll, was nebenbei seiner eigenen Existenz gefährlich werden kann, die Pflicht, dem Existenzlosen ein anderes wirtschaftliches Fortkommen zu verschaffen. (Uebrigens eine Selbstverständlichkeit, die auch in den programmatischen Forderungen der freien Gewerkschaften durch das Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft anerkannt wird.) Derjenige, der im Vollbesitz der politischen Macht ist, und der auch nicht ohne wirtschaftlichen Einfluß sein darf, kann durch eingeleitete Binnenwanderungen, durch Berufsumstellungen, durch ausreichende Unterstützung für ausgeschaltete Alte und Gebrechliche oder Erwerbsbehinderte

Lange hab ich mich gestraubt,
endlich gab ich nach;
wenn der alte Mensch zerfällt,
wird der neue wach;
und so lang' du das nicht haßt,
dieses „Stirb und Werde“,
bist du noch ein trüber Gast
auf der schönen Erde.

Goethe.

Keinen wirtschaftlichen Eingriff sofort in das Positive umsetzen, kann erreichen, daß seine Handlung keine katastrophalen Wirkungen hinterläßt. Was kann aber das freigewerkschaftliche und sozialistisch organisierte Proletariat heute tun? Gewiß, es kann, wie Elisabeth Hoffmann, jene Forderung erheben. Es hat aber fast keinen Einfluß darauf, was aus ihr gemacht wird. Ob sie, wie manche andere, von den Kapitalisten und ihren Beauftragten in den Regierungen nicht achtend beiseitegelegt wird, oder ob sie von jenen aufgegriffen und als Propaganda gegen die organisierten Arbeiter benützt wird. Ersteres würde wahrscheinlich dort gelte, wo der Arbeiterkampf jeder politischen Einfluss fehlt; letzteres dort gehandhabt werden, wo die politische Demokratie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit gesteigert und verstärkt hat, und wo die um ihre Macht bangenden Kapitalisten mit Vorliebe Fragen aufgreifen, deren Behandlung Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterbevölkerung bringt. In Deutschland dürfte die Hege unter Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, Sparern und Hausbesitzern gegen die Sozialdemokratie, jene Annahme bestätigen. Sollen wir zu allen Fehlern immer wieder neue hinzumachen oder nicht gerade aus Fehlern lernen?

Auch der andere Vorschlag: „Laßt uns Möglichkeiten schaffen, durch Kindertagesheime, Speisehäuser usw. die Frau so zu befreien, daß auch sie die freie Wahl hat: Beruf oder Familie und Haushalt“ kann nicht als besonders geeignet zur Beseitigung des Heimarbeitertums angesehen werden.

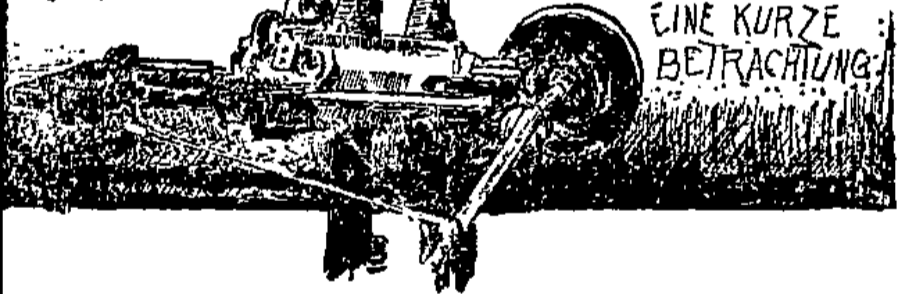
Kindertagesheime, Speisehäuser sind, wenn sie den gestellten Zweck erfüllen sollen, in diesem Falle soziale Einrichtungen. Sie schaffen aber nicht die vormiegend kapitalistisch beeinflusste öffentliche Gewalt, so wie sie heute im Staat, in Kreisen und Gemeinden vorhanden ist. Solche Maßnahmen werden getroffen, wenn die Arbeiterkraft ihre diesbezüglichen Ansprüche nicht nur anmelden kann, sondern wenn sie über genügende Macht verfügt, ihrem Verlangen Nachdruck zu verleihen. E. H. stellt ja selbst das unerfreuliche organisatorische Verhältnis innerhalb der internationalen Arbeiterkraft fest. Im einzelnen sieht es noch viel trauriger aus. Diese Tatsache festzustellen, heißt noch lange nicht, die Gründe, die dazu geführt haben, oder die E. H. mittelbar dafür anführt, anzuerkennen. Sondern, was damit gesagt werden soll, ist: Die erwähnten Einrichtungen würden auf Grund des beschriebenen Umstandes nicht das darstellen, was erhofft wird: ein allgemein wirkendes Mittel gegen die international verbreitete Heimarbeit zu sein. Sie würden nicht nur vielerorts nicht errichtet, sie würden auch — und das schreibt unaufgefordert ganz richtig eine erwerbsstättige Kollegin — solche Preise für ihre Leistungen fordern, daß sie die Arbeiterfamilie, erst recht nicht die alleinstehende Mutter, bezahlen kann. Wer etwas anderes meint, mag einmal die Statuten der Gemeindevorsteher oder die Auslassungen der bürgerlichen Kommunalpolitiker durchlesen. Er wird dann überall finden: Heime, Krankenhäuser müssen sich zusehens selbst erhalten.

Und nun den günstigen Fall angenommen: Heime, Speisehäuser wären ausreichend und, was die Preise angeht, erreichbar vorhanden; hätte dann wirklich die Frau die freie Wahl: Beruf oder Familie und Haushalt? Erstens ist die Fragestellung etwas unglücklich gehalten. Beruf und Familie brauchen nicht stete Gegenätze, wie umgekehrt Familie und Haushalt, untrennbare Begriffe zu sein. Darin verkennt die der Fragestellung vorausgehende Annahme ganz und gar den Charakter unserer heutigen Wirtschaft. Sie läßt leider, insbesondere aber der auf Erwerb angemessenen Frau, wenig Auswahl, was sie arbeiten will. Und weil für den Proletarier jedes Stückerl Brot erarbeitet, d. h. durch Leistungen für einen Unternehmer, beschafft werden muß, und weil andererseits viel mehr Proletarier vorhanden sind, die ein Stückerl Brot brauchen als Unternehmer, die Arbeitskräfte benötigen, — um leben und profitieren zu können, so ergibt sich immer ein Ueberschuß an Menschen, die arbeiten wollen, weil sie arbeiten müssen. Sie lassen sich keinesfalls etwa von Forderungen abhalten, die — von ihrer Notlage aus betrachtet — unwirklich erscheinen. Sie würden sich den Unternehmern anbieten, auch wenn es schlecht bezahlte Heimarbeit ist. Dafür liefert die Praxis täglich Beweise.

Um die Schmutzkonzurrenz der Heimarbeit auszuschalten, gibt es nur ein Mittel: sie müssen Gewerkschaftsmitglieder, sie müssen Klassenbewußt werden.

Dadurch kommen sie aus ihrer Vereinsamung, aus ihrer Unwissenheit über gesellschaftliche Vorgänge heraus; dadurch wird ihre Arbeitskraft monopolisiert — als Einheit zusammengefaßt — und nur zu den gewollten Bedingungen den Unternehmern zur Verfügung gestellt. Das macht die Arbeitskraft der Heimarbeit rar und teuer. Das ermöglicht auch, endlich einmal Genaueres über Heimarbeitelohn und -arbeitszeit zu erfahren, das gestattet weiter, dem Staat

DER WEG DES STRUMPFES



Heute ist der Arbeitsprozeß in viele Teilprozesse verlegt, und zahlreich sind die Stationen, die ein Erzeugnis durchlaufen muß, ehe es fertig zu unserer Verfügung steht. Wir können nehmen, was wir wollen, der Grundzug in unserer Technik von heute ist die Verteilung der Arbeit in möglichst viele Phasen. Wir wollen als Beispiel einen Strumpf nehmen, jenes wichtige Bekleidungsstück, das schon auf ein erwünschtes Alter zurückblicken kann. Ob es sich wirklich lohnt, den langen Weg, den es bis zur Fertigstellung zu durchlaufen hat, zu verfolgen? ...

Geschichtliches.

Es ist gewiß, daß die Bekleidung der Beine dem Menschen in einer früheren Zeit ebenfalls solch Kopfzerbrechen machte wie seine übrige Bekleidung. Aber es hat lange gedauert, ehe man den Strumpf erfand. Man trug durchgehende Beinkleider, deren Stoff auf dem Webstuhl hergestellt war. Von den Landsknechten wird erzählt, daß sie schließlich das Kleid unter den Knien aufschlitten, wodurch ein völlig neues Beinkleid entstand. Der Stoff für diese Strümpfe bestand immer noch aus dem Material, welches aus dem Webprozeß hervorgegangen war; gewirkte Stoffe wurden erst möglich, als der englische Geistliche William Lee um 1589 herum in Cambridge die Strickmaschine erfand. Sie war ein äußerst komplizierter Mechanismus, der sich aus etwa zweieinhalbtausend verschiedenen Teilen zusammensetzte. Die Maschine war so vorzüglich konstruiert, daß sie, wenn auch in verbesserter Form, bis ins 18. Jahrhundert hinein verwendet wurde. Ihre Leistungsfähigkeit war allerdings im Vergleich mit den heutigen Maschinen recht gering; sie stellte kaum 34 Maschinen in einem Tag, her.

Das Material des Strumpfes.

Das Hauptmaterial bilden Baumwolle, Wolle, Seide und Kunststoffe. Namentlich die Verwendung der Kunststoffe hat seit 1913 eine außerordentliche Entwicklung durchgemacht. Das gefällige Aussehen der Materialien, seine verhältnismäßig gute Haltbarkeit, vor allem

aber die Billigkeit im Vergleich zur Seide machte es rasch beliebt. Die Seide wird in mancher Hinsicht immer einen Vorrang genießen, allerdings nur in beschränktem Maße. Ihr hoher Preis schränkt von selbst eine allzu reiche Verwendung ein. In hohem Maße indessen wird die Wolle verwendet. Obwohl sie auch nicht das billigste Material darstellt, gleicht sich der Preis, der dafür bezahlt wird, wieder dadurch aus, daß das Material sehr haltbar ist und darum lange im Gebrauch bleiben kann. Schließlich dürfen wir die Bedeutung der Baumwolle nicht übersehen. Sie ist wesentlich billiger als die bereits genannten Materialien und besitzt doch einen gewissen Grad von Festigkeit, der ihr eine weitgehende Verwendung sichert. Wir haben nun die Wahl. Die Fasermengen liegen auf den Märkten bereit, wofür, sehen wir zu, daß wir nicht das Schlechteste wählen.

Der Weg des Garnes.

Viele Hände müssen sich erst in Bewegung setzen, ehe der Stricker das Garn in Empfang nehmen und verarbeiten kann. In der Wollspinnerei wird das Material vermittels sinnreicher Maschinen zu einem feinen festen Garn versponnen. Wenn man die Spinnerei erwähnt, so dürfte man, wollte man gewissenhaft sein, ebenfalls nicht die Arbeitsteilung übergehen. Auch der Herstellungsprozeß des Garnes teilt sich in viele Phasen. Große Aufmerksamkeit ist auf die richtige Auswahl des Rohmaterials zu legen. Wir würden doch nur mit einem gewissen Schauer Strümpfe anziehen, die aus einer rauhen, kräftigen Wolle hergestellt sein würden. Gewiß gibt es Leute, denen das durchaus nichts Schreckliches bedeutet. Sie haben vielleicht eine Haut von der Dicke eines Nilpferdes, und es ist ihnen deshalb ganz gleich, ob sie sich grobe Wollstrümpfe oder solche aus feiner, schlichter Wolle anziehen. Das soll uns hier wenig kümmern. Danach zu erkundigen, nach welchem Fabrikat mehr Nachfrage herrscht, obliegt dem Hersteller. Er hat sich mit dem nötigen Garn zu versorgen und soll dann zusehen, wie er ein tadelloses Fabrikat, nach dem Nachfrage herrscht, zustande bringt.

Die Strickmaschine.

Während wir beim Webprozeß zwei Fadengruppen finden, die rechtwinklig zueinander verlaufen und wobei die Kette mit dem querlaufenden Einschlag zu einem festen Gewebe verschlungen wird, haben wir bei den gewirkten Stoffen ein regelrechtes Netzwerk von Maschen. Es ist nach zwei Seiten hin elastisch und kann sich beim Tragen genau dem Körper anpassen. Wir hatten schon den Erfinder der Strickmaschine, William Lee, erwähnt, der zum ersten Male die Maschenbildung auf maschinelle Weise vollbrachte. Seitdem ist die Strickmaschine mehr und mehr verbessert worden. Die heutigen Maschinen weisen erstaunliche Leistungen auf. Zum Teil spielen sie in der Heimarbeit eine große Rolle. Heimarbeitertinnen und Heimarbeitertinnen fertigen hier Lohnarbeit, die von irgendeinem Verleger vergeben wird, an. Dann finden wir auch kleinere Betriebe, in denen der Strumpf fabrikmäßig hergestellt wird. Es

gibt natürlich eine ansehnliche Zahl von Maschinentypen. Die zwei Haupttypen sind die Flachstrickmaschine und die Rundstrickmaschine. Auf der ersteren können Strickwaren in verschiedener Breite und Art ohne besondere Schwierigkeiten hergestellt werden. Auf der Rundstrickmaschine kann indessen nur eine bestimmte Warenbreite angefertigt werden, und zwar richtet sie sich nach der Anzahl der Nadeln, welche die Maschine aufweist. — Betrachten wir uns eine Flachstrickmaschine näher, so finden wir auf einem Eisengestell eine komplizierte Anordnung von Schienen und Nadeln. In den Nadelbetten finden wir genügend weite Zwischenräume, in denen sich die Strickmaschinennadeln leicht auf- und abwärts bewegen können. Dann finden wir den sogenannten Schlitten; er kann mit der Hand vermittels einer Kurve von der einen Seite auf die andere der Nadelbetten bewegt werden. Dadurch gleiten die Nadeln auf und ab. An dem Schloß ist ein Fadenführer angebracht, welcher den Garnspulen das nötige Garn entnimmt und den Nadeln zuführt. Da der Strumpf nach unten zu schmaler wird, ist es nötig, daß nach und nach Maschen abgenommen werden, und zwar werden diejenigen am Rande der Ware abgehängt und auf die nächste Nadel nach innen übertragen. Durch eine Verbesserung ist es schon möglich geworden, diese Abnahmen automatisch zu bewerkstelligen. Die Bewegung des Schlittens erfolgt auch heute nicht mehr ausschließlich durch die menschliche Hand, sondern auch durch Motorantrieb. — Durch eine neue Erfindung, welche in der letzten Zeit gemacht wurde, soll es auch möglich sein, die sogenannte „Laufröhre“ zu beseitigen. Bei der gewöhnlichen Maschenbildung tritt oft durch Zerreißen eines einzigen Fadens eine Schädigung des Strickwerkes dadurch ein, daß ganze Reihen von Maschen aufgehen. Dies soll nun durch eine neue Art von Maschenbildung, die man auch wieder in England ausprobiert hat, beseitigt werden. Bisher bildete die sogenannte Laufröhre ein starkes Hindernis zur Anfertigung von Oberbekleidung in größerem Maße. Das Hauptgewicht wurde bisher immer noch auf die Herstellung von Unterbekleidung gelegt. Da nun durch die neue Maschenbildung im Strickwerk eine größere Haltbarkeit garantiert werden kann, wird es auch möglich sein, nimmere auch zur größeren Produktion von entsprechender Oberbekleidung überzugehen.

Wir kehren nach diesen allgemeinen Bemerkungen wieder zu unserem Strumpf zurück. Hat er die Strickmaschine verlassen, so ist es nötig, daß er noch einmal sorgfältig auf etwaige Fehler durchgesehen wird. Ein großer Teil muß ja auch erst noch zusammengehängt werden, da die Strickmaschine nur, außer dem Fühling, ein flaches Längsstück lieferte. Häufig finden wir bedruckte Strümpfe und Socken. Diese werden einem ähnlichen Verfahren, das man bei den übrigen Druckstoffen anwendet, unterworfen. Manche Käufer lieben eben farbige Muster mehr als einfache, und deshalb darf der Strumpfersteller nicht verjähren, immer wieder neben den einfarbigen Strümpfen auch möglichst bunte herzustellen.

sozialpolitische Maßnahmen abzuwingen, die ebenfalls ergenztichernd wirken. Und zur Beruhigung für E. S. — mittelbar würde dadurch gleichzeitig der Umfang der Heimarbeit betroffen. Die Unternehmer lassen ja dort nur Erzeugnisse herstellen, weil es billiger geschieht. Trifft das nicht mehr zu, hören sie allein mit dem Vergeben von Heimarbeit auf. In der Textilindustrie ist das in der Stickerei deutlich zu bemerken. Der Automat arbeitet billiger als der Handmaschinensticker, auch wenn dieser die Spanne Spitze bei zwölf- bis vierzehnstündiger Arbeitszeit mit Hilfe seiner ganzen Familie herstellt. Das mindeste, was an Günstigem durch Organisation der Heimarbeit für die Arbeiterschaft herauskommt, wäre danach:

1. die Verbindung mit den Heimarbeitern;
2. die Möglichkeit, zu sagen, weil ihr höheren Lohn fordert, weil ihr gegen Krankheit, Alter, Unfall, Erwerbslosigkeit versichert, und weil die Arbeitszeit zugunsten eurer Gesundheit begrenzt werden soll, deshalb haben die Unternehmer keine Arbeit für euch. Eure Gesundheit, eure Not, die Ungewissheit eurer Zukunft war die Grundlage des Unternehmerverdienstes, war die Ursache, weshalb die Unternehmer Heimarbeit vergeben haben.

Sicher werden sich manche auch dieser Erkenntnis verschließen. Aber alle? Dann müßten allerdings alle Hoffnungen auf die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft durch organisatorischen Zusammenschluß fallen gelassen, dann müßte sogar die Notwendigkeit der Existenz der Arbeiterbewegung verneint werden. E. S. läßt beinahe so eine fatalistische Stimmung erkennen. Und zwar dort, wo sie die schlechte Organisierbarkeit der Heimarbeit begründet. Zu solcher Kopfhängerei liegt aber nicht der geringste Anlaß vor. Weshalb? Nun, die wenigsten Heimarbeiter sind völlig unberührt von den Bestrebungen der Arbeiterbewegung geblieben. Die Mehrzahl sind durch Geburt Proletarier. Viele davon haben sogar gewerkschaftlich und politisch organisierte Angehörige. Es ist nun durchaus nicht schwierig oder zuviel verlangt, wenn diesen ihre Pflicht, für die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens zu wirken, einmal ganz eindringlich nahegelegt wird. Ebenfalls könnten die Betriebsräte hier manches erreichen. Sie noch leichter, weil sie durch Ueberwachung der Durchführung des Heimarbeiterschutzes zugleich gewisse Vor- oder Gegenleistungen als Grund für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft mit anführen können. Als weiteres kommt hinzu, daß die Zwangslage des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens auch im Denken, Fühlen und Wollen des Heimarbeiters Spuren hinterläßt. Das Handeln der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft muß sich nur auf diese Wirkung einstellen, muß sie kräftiger, nachhaltiger und für die Arbeiterschaft erfolgreicher machen.

Der Beschluß der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz erscheint geeignet, in diesem Sinne zu wirken; der Vorschlag von Elisabeth Hoffmann ist nicht nur unwirklicher, er enthält auch gegenüber jenen erprobten Gewerkschaftsgrundsätzen nichts weiter als schöne aber belanglose Redensarten.

Um die Heimarbeiter für die Klassenbewußte Arbeiterschaft zu gewinnen, muß es heißen: hinein in die freien Gewerkschaften. Schafft mit einhelliger, besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für Betriebs- und Heimarbeiter! Hinweg mit der Heimarbeit dagegen wäre der Ruf, den die internationale Unternehmerrschaft als Geißel gegen die Arbeiterschaft gerade noch gebrauchen könnte.

Der Tisch der frohen Stunden.

Die Ausstellung der Firma Hermann Tieß „Der Tisch der frohen Stunden“, die im vergangenen Jahre mit den Berliner Hausfrauenvereinen und ersten Berliner Künstlerinnen durchgeführt wurde, ist den Berlinern sicherlich noch in bester Erinnerung, und jeder denkt mit einem heiteren Lächeln an unseren Meister Tieß, der einen Kaffeetisch in der Berliner Raubkolonie mit erschütterndem Humor zusammengestellt hatte. In diesem Jahre zeigen erste Mitglieder der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen in familiären Häusern der Firma Hermann Tieß eine Ausstellung, die wiederum die glückliche Bezeichnung „Der Tisch der frohen Stunden“ trägt. Die Ausstellung ist mit einem Preisausschreiben in Höhe von 10 000 M. verbunden, und das Publikum soll auch in diesem Jahre wieder selbst entscheiden, welcher von den gedachten Tischen der schönste ist.

Ob die Firma Hermann Tieß zur Bedingung ihres Preisausschreibens gemacht hat, daß Dinge den „Tisch der frohen Stunden“ zieren, die von einem Wochenlohn von 20 M. zu bestreiten sind und die eine zehn Stunden täglich erwerbstätige Frau beschaffen und zubereiten kann, wurde nicht mitgemeldet.

Die Gewerbeaufsicht in der Textilindustrie.

Aus den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten über 1926.

Unsere amtlichen Veröffentlichungen frankten zumeist daran, daß sie zu spät erschienen und daß deshalb ihre Ergebnisse häufig nur noch geschichtlichen Wert haben. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag und in den parlamentarischen Vertretungen der Länder auf diesen Umstand wiederholt aufmerksam gemacht; es ist auch insofern eine Besserung eingetreten, als die Fristen für die Bekanntgabe der statistischen Erhebungen wesentlich abgekürzt wurden. Für die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten trifft das leider noch nicht zu. Ende August, also fast acht Monate nach Jahresfrist, sind die Berichte über das Jahr 1926 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Daher sind manche Teile durch die Entwicklung überholt, längst bekannte Tatsachen werden noch einmal geschildert, was der Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Raumes über nicht zum Vorteil gerät. Auch über die vielfach sehr schmalen und bürokratischen Verhältnisse des Stoffes läßt sich manches sagen. Trotzdem bieten die Berichte vieles, was für den Gewerkschafter und Sozialarbeiter von großem Werte ist, zuweilen muß man allerdings zwischen den Zeilen zu lesen verstehen, um den Dingen auf den Grund zu kommen. Hier sollen nur einige Einzelheiten aus den Berichten wiedergegeben werden, soweit sie auf die Textilindustrie in Betracht kommen.

Wie schon im Jahre 1926 außerordentlich ungewöhnlich war, so betrafen mangels es an Aufträgen, viele Unternehmungen wurden geschlossen, in zahlreichen anderen ist die Produktion durchgeföhrt worden. In der Stadt

Bocholt zum Beispiel, die eine ausgedehnte Textilindustrie aufweist, betrug die Zahl der unterstützungsberechtigten Kurzarbeiter, also derjenigen, die weniger als vier Tage in der Woche arbeiteten, am 1. Juni 6250, am 1. Juli 6500. Erst in der zweiten Jahreshälfte wurde die Konjunktur günstiger, so daß, um bei dem Beispiel von Bocholt zu bleiben, dort am 1. August nur noch 3250, am 1. September etwa tausend Kurzarbeiter gezählt wurden. Es wird berichtet, daß vielfach die Arbeiter es vorzogen, sich erwerbslos schreiben zu lassen, weil ihre Unterstützung dann höher war als der Lohnbetrag, der ihnen bei Kurzarbeit noch verblieb. Daß bei der Besserung der Wirtschaftslage nicht sofort mehr Arbeiter eingestellt, sondern überaus häufig Ueberstunden gemacht wurden, ist bekannt. Ueber einstimmend wird berichtet, daß in der ersten Jahreshälfte trotz Steigerung der Lebenshaltungskosten keine Verbesserung der Löhne erfolgte. Vielfach haben die Unternehmer die Löhne heraufzusetzen versucht, sie hatten dort Erfolg, wo die gewerkschaftliche Organisation schwach ist. So heißt es in dem Bericht der Erfurter Gewerbeinspektion: „Für die Textilindustrie in Weicherode besteht ebenfalls keine tarifliche Lohnregelung mehr, nachdem zahlreiche Arbeiter aus der Gewerkschaft ausgetreten waren und dieser daher die Kraft fehlte, eine tarifliche Regelung der Löhne durchsetzen zu können. . . . Sollte das nicht allen Arbeitern zu denken geben?“

Wenn man den Gewerbeaufsichtsbeamten glauben darf, so sind es vielfach die Arbeiter selbst, die nach einer Verlängerung der Arbeitszeit, nach der „freiwilligen“ Leistung von Ueberstunden drängen. So hören wir aus dem Regierungsbezirk Münster: „In einigen Fällen wurden bei den Betriebsbesichtigungen Arbeitszeiten festgestellt, die über die gesetzlich mögliche Mehrarbeit hinausgingen. Sie waren in vollem Einvernehmen oder sogar auf Wunsch der Arbeiter eingeföhrt, die die höheren Tagesverdienste gerne mitnahmen.“ Aus dem Regierungsbezirk Aachen wird berichtet: „Eine Tuchfabrik erhielt die Erlaubnis, in ihrer Zwirnererei ihren zweischichtigen Betrieb so zu regeln, daß mit Uebersteigerung der Schichten von 6 Uhr morgens bis 2 1/2 Uhr mittags und von 1 1/2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends mit je zwei viertelstündigen Pausen gearbeitet wurde, weil sich die Zwirnerinnen, an denen starker Mangel herrschte, aus Verdienstrübsichten geweigert hatten nur 7 1/2 Stunden tätig zu sein.“ Und schließlich sei noch wiedergegeben, was aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf berichtet wird: „Die freiwillige Mehrarbeit auf Grund des § 11 wurde anfangs durchweg bereitwillig geleistet, weil die meisten Arbeitnehmer lange erwerbslos gewesen waren oder doch infolge Kurzarbeit Verdienstaufschüsse gehabt hatten und daher den mit der Ueberarbeit verbundenen Mehrverdienst freudig begrüßten. Nachprüfungen von Beschwerden ergaben daher nicht selten, daß die Arbeitnehmer selbst um die Beteiligung bei der Mehrarbeit gebeten hatten. In einem Falle wurde festgestellt, daß männliche Arbeiter zum Ausgleich des Lohnausfalles am Ruh- und Bettage in der gleichen Woche vom Freitag morgen bis Sonnabend mittag durchgearbeitet hatten. Da die Arbeit nicht nur freiwillig, sondern sogar auf Verlangen der Arbeiter geleistet worden war, wurde die Einleitung eines Strafverfahrens als aussichtslos unterlassen.“ Es ist noch viel Aufklärungsarbeit notwendig, um allen Arbeitern die Erkenntnis einzuhammern, daß die Verbesserung der Lebenshaltung nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, sondern nur durch Erhöhung des Arbeitslohns bei Herabsetzung der Arbeitsdauer erreicht werden kann.

Auch in der Textilindustrie machen die Bestrebungen, die Menschenkraft durch Maschinen zu ersetzen, weitere Fortschritte. „In mehreren Baumwollwebereien“, so wird aus dem Regierungsbezirk Münster berichtet, „wurden Kettenanknüpfmaschinen angetrossen, die mit einer Bedienung von zwei Mann zehn Anknüpfen ersetzen. Neuere Passiermaschinen ersetzen mit ihrer Bedienung durch ein Mädchen zwei Arbeiterinnen. In einigen Webereien befinden sich ferner automatische Webstühle, bei denen die Coppe automatisch in den Webstühlen (Schiffchen) geschlagen werden. Während bei den bisherigen Webstühlen drei bis vier Stühle von einem Weber bedient werden können, lassen sich bei Benutzung der automatischen Webstühle von einem Weber, zusammen mit einem Hilfsarbeiter, bis sechzehn Webstühle bedienen.“ Die Verarbeitung von Kunstseide hat weitere Fortschritte gemacht. Die Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter sind in vielen Betrieben noch sehr rückständig. Aus dem Regierungsbezirk Münster wird berichtet, daß sich dort noch überall der Brauch des unsauberen „Schiffchenküssens“ findet. Dieser Mißstand ist bei den erst in geringer Zahl vorhandenen automatischen Webstühlen behoben, die Nachahmung der dort verwandten Webstühlenbauart für nicht automatische Webstühle scheiterte u. a. an dem Preis für die dabei verwandte Metallführung des Fadens. In vielen Betrieben waren die Lichtverhältnisse unzureichend. Die Luft in den Gasierereien einzelner Spinnereien ließ viel zu wünschen übrig.

Außerordentlich bedenklich ist es, daß manche Belegschaften für die Einrichtungen der Betriebsräte geringeres Interesse als früher haben. „Zweifelloso bringt ein großer Teil der Arbeiterschaft der ganzen Frage nur noch wenig Beachtung entgegen. . . . Oft ist die Gleichgültigkeit der Arbeiter jedoch zurückzuführen auf Furcht vor eigenen Nachteilen, wenn sie infolge ihrer Stellung als Betriebsratsmitglied gezwungen sind, Wünsche oder Klagen zu vertreten. In einigen Fällen gaben die Arbeiter bei Besichtigungen oder Verhandlungen dieses offen zu.“ (Münster.) „In der Arbeiterschaft machte sich vielfach eine gewisse Betriebsmüdigkeit bemerkbar, da der Kampf um das tägliche Brot die Fragen der Organisation und Betriebsvertretung in den Hintergrund gedrängt hatte.“ (Kassel.) „Die bereits im Vorjahre festgestellte Zunahme der Interesselosigkeit der Arbeiterschaft an den gesetzlichen Betriebsvertretungen hat sich weiter forgesetzt.“ (Koblenz.) „Die Betriebsvertretungen sind auch im Berichtsjahre . . . wenig in Erscheinung getreten; ihre Bedeutung hat ohne Zweifel weiter abgenommen. Die zu Anfang des Jahres recht ungünstige, später trotz entschiedener Besserung doch immerhin noch unsichere Wirtschaftslage legte den Betriebsvertretungen nach wie vor Zurückhaltung auf, zumal auch die Möglichkeit, in den Abbau hineingezogen zu werden, die Betätigung der Arbeitervertreter nicht ganz unbeeinträchtigt lassen konnte.“ (Düsseldorf.) „In einer Weberei wurde an dem Webstuhl des Betriebsratsvorsitzenden das Feh-

len des Schutzes gegen herausfliegende Webstühle festgestellt. Befragt, gab der Betriebsratsvorsitzende zu, daß der Schutz schon längere Zeit fehle und dieser Mißstand von ihm der Betriebsleitung auch nicht gemeldet war. Anregungen seitens der Betriebsvertretung erfolgten bei den Betriebsbesichtigungen den Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber in nur geringem Umfange.“ (Münster.)

Das sind nur einige Stichproben aus diesen Berichten. Aber sie zeigen doch schon mit aller Deutlichkeit, welche Arbeit in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht in den Betrieben geleistet werden muß. Es ergibt sich aber auch daraus, daß nicht nur in der Erfassung der Arbeiter für die Organisationsarbeiten, sondern auch bei ihrer Schulung und Erziehung wichtige Aufgaben zu lösen sind.

Aus der Textilindustrie.

Japanisches Dumping in Indien.

Bombay. Die indische Textilindustrie wird durch das japanische Dumping außerordentlich geschädigt. Während Japan in den ersten fünf Monaten 1925 nur 76 Millionen Yards Textilwaren nach Indien importierte, hat sich die japanische Einfuhr für den gleichen Zeitraum 1926 auf 98 und 1927 sogar auf 231 Millionen Yards gesteigert.

Japanische Spinnereien in Schanghai werfen zurzeit große Mengen grauen Garns zu Preisen auf den indischen Markt, gegen die selbst die modernsten Bombayer Spinnereien nicht zu konkurrieren vermögen.

Die Einfuhr japanischer Garne auch in China beträgt für den ersten fünf Monate von 1927 bereits 2 Millionen Pfund gegen 8000 Pfund im Vorjahre.

Berichte aus Fachreisen.

Crimmitschau. (Subilarbeiter.) Am 20. August veranstaltete die Filiale Crimmitschau des Deutschen Textilarbeiterverbandes eine Subilarbeiter verbunden mit Italienerischer Nacht. Beider machte der Wettergott einen großen Strich durch das Programm. Der Beginn der Feier wurde von Jupiter pluvius eingeleitet, der ein strömenden Regen herabsandte und das geplante Gartenfest ohne Erlaubnis von dem Programm strich. Die Lampen des Brunnenwerkes konnten daher zur Schmückung der Feier keine Verwendung finden. Aber trotzdem die Feier nur auf die Innenräume des Waldschloßchens beschränkt blieb, so waren doch die Subilare mit ihren Angehörigen und die erschienenen Mitglieder des Verbandes in einer festfröhlichen Stimmung. Bei dieser Subilarbeiter, die von der Filiale Crimmitschau veranstaltet wurde, waren 71 männlichen und 53 weiblichen Jubilaren die Diplome für 25jährige Verbandstreue überreicht worden. Im Vorjahre waren 20 männliche und 56 weibliche Subilare vorhanden. Der Ehrenvorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kollege Karl Hübsch war aus Berlin gekommen, um an der Feier teilzunehmen. Hübsch hielt eine vorzügliche Ansprache an die Jubilare. Rückblickend zeigte er den Entwicklungsgang des Deutschen Textilarbeiterverbandes, seine Kämpfe um die Verbesserung der Textilarbeiter, die in allen Situationen den Verband die Treue bewahrten. „Die Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!“ könnte man als Motto der eindrucksvollen Ausführungen des Kollegen Karl Hübsch vorantreiben. Konzert und Tanz taten das Ihrige, um die fröhliche Stimmung der circa 700 Festteilnehmer bis zum Schluß der Feier zu erhalten. Für alle Teilnehmer wird diese Feier, so schlicht das Arrangement auch war, eine Erinnerung an gemeinsam fröhlich verlebte Stunden bleiben.

Es war alles in allem eine Gewerkschaftsfeier, die von dem Geiste der Solidarität getragen war.

Kempten. Zum 21. August beriefen die Filialen Kempten und Weiler i. A. ihre Funktionäre zu einer Konferenz nach Immenstadt zusammen. Beteiligt haben sich 138 Kollegen und Kolleginnen, darunter 70 von den letzteren. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach der Genosse Gesehart, Krankentassenverwalter aus Büdingen a. D. über die Wichtigkeit der Wahlen zu den Krankentassen. Seine sehr interessanten Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und bei der lebhaft einsetzenden Diskussion wiederholt der Wunsch geäußert, solche Vorträge des öfteren zu ermöglichen. Zum 2. Punkt sprach unser Kollege Schönleben, Ortsleiter aus Augsburg über die Durchführung der Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung in Hamburg und der Gaukonferenz in Nürnberg. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Die Diskussion, woran sich auch der Kollege Schrader-Berlin beteiligte, war sehr lebhaft und zeugte von einer regen Bestrebtheit der gesamten Funktionäre. Einmütigkeit bestand in der Beschlusregelung nach den Beschlüssen des Verbandstages ab 1. Oktober 1927.

Kollege Weinberger richtete an die Funktionäre noch aufmunternde Worte, besonders in bezug auf Schaffung eines gesunden Vertrauensmännerkörpers in jedem Betrieb und damit Ausbau und Befestigung unseres Verbandes im Allgäu. Nach Erledigung der Tagesordnung konnte die sachlich und schön verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband geschlossen werden.

Am gleichen Tage fand im gleichen Lokal nachmittags 2 Uhr eine „Proletarische Feierstunde“ der Allgäuer Textilarbeiter statt. Der Hauptpunkt des Programms bestand in dem Vortrag des Kollegen Schrader, Hauptvorstand Berlin, über die Forschungsreise nach Indien. Mit sehr großem Interesse wurden seine Ausführungen über das Leben und Treiben der indischen Textilarbeiter angehört. Zur Verschönerung der Unterhaltung wirkten weiterhin der Chor Immenstadt mit sehr schönen Liedervorträgen und die künstlerisch sehr hochstehende Stattpelle Immenstadt mit. Der Film „Bei den Textilarbeitern“ konnte leider nicht vorgeführt werden, da der Apparat absolut nicht mitmachen wollte.

An dieser Feierstunde beteiligten sich über 500 Mitglieder und wird dieselbe den Anwesenden noch lange in Erinnerung bleiben. Nur allzu früh kam die Stunde des Scheidens, da die Abendstunden die Beteiligten wieder an ihren heimatischen Herd zurückbrachten. Auf jedem Gesicht konnte man jedoch den festen Willen lesen, mit zuhelfen an dem Ausbau unseres Verbandes und damit zur Befestigung der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Joch. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo in den freien Bergen des Allgäus auch ein freies Volk und damit auch eine freie Arbeiterschaft auf den Errungenschaften der Kultur mehr Anteil nehmen kann als bisher. Diesen Zeitpunkt zu beschleunigen muß das Ziel und Streben jedes Textilarbeiters sein.